

Antragsteller:in: GRÜNE JUGEND Saar
(vertreten durch Jeanne Dillschneider und Santino Klos)

Der Landesparteitag möge beschließen:

„Resilienz und Prävention – so kommen wir gemeinsam durch die Krisen.

Mit Sorge schauen die Saarländer*innen auf den Winter: Aufgrund der gestiegenen Preise für Lebensmittel, Gas, Kohle und Öl werden die Bürger*innen erheblich belastet.

Auf Bundesebene sind mit den Entlastungspaketen wichtige Maßnahmen getroffen worden. Doch auch die saarländische Landesregierung muss schleunigst alles daransetzen, insbesondere auch Menschen mit geringen Einkommen zu entlasten.

Besonders wichtig ist der **gesellschaftliche Zusammenhalt**. Spaltung nutzt nur denjenigen, die auf Kosten von Menschen und Umwelt Profite machen. Solidarität ist der Grundsatz der Stunde. Wir stehen insbesondere solidarisch zu den Menschen in der Ukraine. Immer noch sterben täglich Menschen, die für ihre Freiheit kämpfen.

Deutlich wird auch, wie sehr die letzten Jahre die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern durch die Parteien der großen Koalition zementiert wurden. Der Weg in die Zukunft kann nur mit Erneuerbaren Energien beschritten werden. Dieser Sommer machte auch deutlich, wie dringend wir eine Antwort auf die Klimakrise brauchen. Resilienz und Prävention müssen die Gebote politischen Handelns sein.

Nicht vergessen werden darf auch die Corona-Pandemie, die uns weiterhin beschäftigt. Wir erleben eine unvergleichliche Parallelität an Krisen, an denen wir jetzt als Gesellschaft wachsen müssen.

Der Landesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen Saar beschließt:

1. Kommunen absichern:

Energiesparen ist mehr denn je eine Notwendigkeit – sie darf jedoch langfristig nicht auf Kosten von Komfort gehen. Andererseits müssen wir uns diesen Winter auf Einschnitte gefasst machen. Die Kommunen agieren bereits und haben eigene Konzepte zum Energiesparen aufgestellt. Gleichzeitig ergibt sich ein Flickenteppich an verschiedenen

Regelungen. Wir fordern einen **Energiegipfel auf Landesebene**, der alle relevanten Akteur*innen im Saarland zusammenbringt. Die gemeinsame Kraftanstrengung kann auch nur gemeinsam gelingen.

Außerdem schließen wir uns der Forderung des Deutschen Städtetags an, der vor existenzbedrohenden Risiken für die Stadtwerke warnt. Es braucht dringend einen **Rettungsschirm für bedrohte Stadtwerke**, einen staatlichen Bürgschaftsrahmen sowie Liquiditätshilfen zu Energiebeschaffung für kommunale Stadtwerke. Wir fordern zudem gezielte Entlastungspakete für Kommunen und Stadtwerke.

Das Ministerium für Soziales hat bereits **Hilfen für den Winter** angekündigt, um soziale Angebote zu stärken. Wärmestuben, GWAs, Tafeln oder andere soziale Einrichtungen werden in diesem Winter besonders belastet. Wir begrüßen das Programm und fordern eine zügige Umsetzung. Die SPD-Landesregierung muss sich für ein **Moratorium für Gas- und Stromsperrungen einsetzen** und dafür sorgen, dass niemand im Dunkeln und Kalten sitzen muss. Gleichzeitig muss die **Sozialberatung** im Saarland ausgebaut und gefördert werden.

2. Ausbau Erneuerbarer Energien im Saarland vorantreiben

Die derzeitige Krise zeigt die Versäumnisse der Vergangenheit. Auch die saarländische große Koalition hat versäumt, die Erneuerbaren Energien zu fördern. Die SPD-Landesregierung kündigt zwar viel an, es bleibt jedoch bei Ankündigungen. **Ziel sind mindestens 50% Erneuerbare Energien bis 2030**. Doch bis auf ambitionierte Ziele kann die Landesregierung wenig vorweisen.

Wir fordern eine **Photovoltaik-Pflicht** auf öffentlichen Gebäuden und auf gewerblichen Neubauten und Dachsanierungen. Auch eine Landesförderung für den privaten Ausbau muss auf den Weg gebracht werden. Darüber hinaus eignen sich auch Parkplätze und Parkhäuser im öffentlichen Besitz für den Ausbau von PV-Anlagen. Die Landesregierung muss außerdem gezielt Flächen für Bürgerenergiegenossenschaften ausfindig machen und zur Verfügung stellen.

Der **Ausbau von Windkraft** erfordert vor allem eine bessere Unterstützung der Kommunen. Durch eine Taskforce Windkraft könnte den Kommunen Know-How und Beratung zur Verfügung gestellt werden. Gerade die Kommunen sind entscheidend, um vor Ort Akzeptanz durch die Bürger*innen zu schaffen und müssen in ihrer Arbeit besser gefördert werden. Nur der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird den Strompreis senken und damit auch die Bürger*innen entlasten.

3. Klimawandel bekämpfen

Diesen Sommer mussten wir brennende Wälder auf Orten auf der ganzen Welt erleben. Die Menschheit als solche ist durch den Klimawandel bedroht. Der Einsatz der Landesregierung bleibt weit hinter dem zurück, was nun notwendig wäre. Wir fordern ein **Tempolimit von 30 innerhalb von Ortschaften und Städten, die Begrenzung auf Tempo 80 auf Landstraßen und ein Tempolimit auf Autobahnen**. Die SPD-Landesregierung muss sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einsetzen. Außerdem fordern wir **Begrünungsprogramme** für Innenstädte. Eine nachhaltige Stadtentwicklung sorgt nicht nur für Lebensqualität, sondern kühlt auch die Städte im Sommer.

Für den nächsten Sommer braucht es bereits einen **Hitzeschutzplan**. Klar ist, dass der letzte Sommer nicht der letzte heiße Sommer gewesen ist. Ein Hitzeschutzplan muss besonders vulnerable Gruppen in den Blick nehmen. Dazu gehören Warnsysteme sowie die Ausgabe von Trinkwasser. Ein Programm zur Förderung von Trinkbrunnen in den Kommunen könnte die Trinkwasserversorgung sicherstellen.

4. Corona-Krise nicht vergessen

Die SPD-Landesregierung muss bereits jetzt für den kommenden Winter planen. Die Kommunikation während der Corona-Krise ließ insbesondere von Seiten des Bildungsministeriums zu wünschen übrig. Deswegen braucht es jetzt klare Aussagen, auch bezüglich der einrichtungsbezogenen Impfpflicht. Auch bezüglich einer Impfkampagne fehlen deutliche Pläne. Die Koordination mit den Landkreisen muss besser laufen. Die SPD muss sich zudem für eine **einheitliche Rahmenregelung für Corona-Maßnahmen** im Herbst und Winter einsetzen. Einen Flickenteppich der Bundesländer sollte es nicht wieder geben.

Die SPD-Landesregierung muss zudem **Sofortmaßnahmen für Long-Covid-Kranke** ergreifen. Die Folgen der Corona-Erkrankung sind gravierend. Zunehmend leiden Betroffene unter den Symptomen, die häufig Monate oder Jahre lang andauern. Die Landesregierung muss eine Beratungsstelle für Long-Covid-Erkrankte einführen und sich für die Anerkennung von Post-Covid als Erkrankung einsetzen.

Die SPD-Landesregierung muss außerdem mit einer **Mental Health Kampagne** und einem Maßnahmenpaket auf die steigende Anzahl psychisch kranker Menschen im Saarland reagieren. Die Krisen belasten die Bürger*innen nicht nur finanziell, sondern auch mental. Es braucht mehr niedrigschwellige Beratungsangebote. Auch müssen schulpsychologische Angebote ausgeweitet werden.“

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich

Der Antrag wurde am 22.09.22 vom Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Saar beschlossen.